

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Redaktion und Verlag am Sonnabend. — Bezugspreis abzüglich
Satzung 10 Pf. 250 Mark. — Ein Mitteilungsblatt wird die
Sitzung unter Kreisbeamten nicht bestreiten. — Eingangssatz in der
Redaktion, unter Nr. 7222.

Schriftleitung und Verlagsstelle:
Leipzig
Gebertstraße 1, IV., Historisches
Telefon 2255.

Sitz des Blattes: Montags, mittag 12 Uhr. — Erstgegenübr für
die dreigepfaltete Kleinzelle 2.—3. —
Anzeigen werden nur bei vorheriger Einwendung der Kosten aufgenommen.

Nr. 32.

Sonnabend, den 7. August 1920.

24. Jahrgang

Lohnbewegungen.

Gewerkschaft: Die Firmen H. Kraus und Will. Schumann in Oberhausen, Marmorenbetrieb Matthes, Demuth, Firma Weis in Reichenbach, Brandenburg Firma C. F. Wetzgau.

Halle: Alle Betriebe sind gesperrt; die Arbeitgeber drohen mit Entlassungen, wenn die Kollegen nicht sofort nehmnen von den 7 Prozent Aufschlag auf den Monatslohn. Arbeitzeitverkürzung im Interesse der Weiterbeschäftigung lehnen sie ab.

Cottbus:

Berlin. Marmorbauten. (Firma Höftner u. Gottschall zirka 130 Kollegen.) In Eisen, Holz, Gestein, Kalkstein u. Marmor (Firma Baumüller).

Wismar: In Wismar sind seit 28. Juni die Steinarbeiter und Steinmetze ausgesperrt. Von letzteren kommen ca. 1300 Steinmetzen und Schleifer in Frage. Die Unternehmer versuchen in Deutschland Arbeitskräfte unter allen möglichen Versprechungen zu werben. Arbeitsangebote müssen selbstverständlich abgelehnt werden.

Magdeburg: Es ist festzuhalten: unter den bereits geworbenen Orten (Spree und Elbe) nach Stuttgart, Gotha, Erfurt, Bielefeld, Coburg, Bremen, Worms, Lübeck, Celle, Bremen.

Kalischmiede Bölfkendorf - Betriebshof Hörmel: Folgende Lohnabschürfungen hat sich die Situation hier verschärft. Einzelne Betriebe sind als gesperrt anzusehen. Ein Schulterschlag scheint unvermeidlich.

Schweiz: Erst wiederholter Warnung reisen Kollegen aus Graubünden nach der Schweiz, ohne sich vorher um die örtlichen Verhältnisse ihres Heimatels zu erkundigen. Schaden haben sie nicht nur selbst, sondern eventuell auch die hiesigen Kollegen. Darauf Vorsicht! Vorherige Information durch Dr. Röhl, Anwandter. S. B. U. T. C.

Erledigte Bewegungen: Greifswald. Der Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses hat den Forderungen der Steinmetzen Rechnung getragen. Die Arbeit wurde am 28. Juli wieder aufgenommen.

In Niedersachsen (Firma Koppel) und in Hessia ist der Streit beendet.

Saarburg: Der Demobilisierungskommissar hat den Schiedsspruch vom 25. Juni für verbindlich erklärt. Dennoch müssen ab 15. Juni folgende Löhne berechnet werden: Steinmetze 4 M., Schleifer 2.50 M., Säger, Fräser, Hilfsarbeiter 2.50 M. Arbeiterinnen 2.00 M.

Zum Verständnis des Existenzminimums.

Von Dr. A. Kuczynski,

Direktor des Städtischen Banks Berlin-Schöneberg.

Nach den Berechnungen, die ich admontanisch durch die finanzpolitische Korrespondenz bekanntgegeben, kostete das wöchentliche Existenzminimum in Groß-Berlin:

Februar / Mai 1914		Februar / Mai 1920	
Zusgaben	Mann Chepar mit 2 Kindern	Mann Chepar mit 2 Kindern	Chepar
Ernährung	3.50	6.80	9.80
Wohnung	5.50	5.50	60
Heizung, Beleuchtung	1.85	1.85	9
Beleidung	2.50	4.15	20
Sonstiges	3.25	4.45	68
Zusammen	16.70	22.25	25.75
			162
			239
			323

Auf den Arbeitsstag umgerechnet betragt der notwendige Mindestlohn für einen alleinstehenden Mann im Februar/Mai 1914: 2.80 M., im Februar/Mai 1920: 27 M., für ein kinderloses Chepar 3.70 M. bzw. 40 M., für ein Chepar mit 2 Kindern von sechs bis zehn Jahren 4.80 M. bzw. 54 M. Auf das Jahr umgerechnet betragt das Existenzminimum für den alleinstehenden Mann 870 M. bzw. 8450 M. für ein kinderloses Chepar 1160 M. bzw. 12.450 M., für ein Chepar mit Kindern 1500 M. bzw. 16.850 M. Die Kosten des Existenzminimums sind damit gestiegen: für den alleinstehenden Mann auf das 9. Fach, für ein kinderloses Chepar auf das 10.7 Fach, für ein Chepar mit zwei Kindern auf das 11.2 Fach.

Berechnungen des Existenzminimums sind bei uns so neu, daß ihr Sinn noch etwas mißverstanden wird. Nur so erklärt es sich auch, daß mir mancher vorgeholt wird, meine Zahlen könnten schon deshalb nicht stimmen, weil 1. sehr viele Menschen mit einem geringeren Einkommen leben und 2. der Anteil, der in meinen Berechnungen auf die Ernährung entfällt, viel kleiner ist als die meisten Haushaltsgutsäuber nochweisen.

1. Was den ersten Einwand betrifft, so darf ich hier vielleicht zunächst wiederholen, was ich bei Befreiung des Existenzminimums im Mai (870 M. für die Woche) in der "Börsischen Zeitung" (Nr. 283 vom 6. Juni) gesagt habe:

"Kann man mit einem geringeren Verdienst als den Kosten des Existenzminimums auskommen? Man kann es, wenn man entweder noch aus früheren Zeiten hinreichend Kleidungsstücke und Hausrat besitzt, so daß man kostspielige Neuanschaffungen aufzuschließen in der Begeistert, oder wenn man auf eine auskömmliche Ernährung verzichtet, oder endlich wenn man in bezug auf Kleidung usw. hinter der Norm zurückbleibt, die bisher bei Proletarien üblich war. Und selbstverständlich gab es auch vor dem Kriege Familien, die weniger als das Existenzminimum hatten, denn manches Chepar mit zwei Kindern hatte damals in Groß-Berlin weniger als 1500 M. Jahresinkommen. Der geistige Unterdurchschnitt aber ist, daß vor dem Kriege nur ein kleiner Bruchteil der Bevölkerung das Existenzminimum nicht erreichte, während es heute der großen Massen verloren bleibt. Denn sicherlich verfügen heute noch nicht 10 Prozent der Groß-Berliner Familien über ein Jahreseinkommen von mehr als 19.000 M. Diese Tatsache ist der deutliche Beweis für unsere größtmögliche Verarmung, die durch die dauernde Steigerung der Gehälter und Löhne und durch die sicherliche Tätigkeit der Rotenpreise wohl verschleiert, aber nicht beseitigt werden kann."

Wir haben eben nicht genug Nachfrage und Kleidungsstücke, um der Beleidigung des Existenzminimums zu genügen. Das darf doch aber nicht dazu verleiten, das Existenzminimum niedriger anzusehen. Denn sonst kann man ja dazu, es je nach dem Warenangebot

sein Ort zu Ort und von Monat zu Monat verschieden zu bemessen. Und man müßte legen Endes in den Städten, wo die Bevölkerung nicht entweder beschäftigt verhungert und erstickt oder im Nebenfach lebt, die Kosten des Existenzminimums dasselben Arbeitnehmerkreises gleichsetzen.

Endlich darf man auch nicht glauben, daß alle Familien, deren Einkommen hinter den statlichen Kosten des Existenzminimums zurücksteht, darüber müßten. Einmal haben viele Menschen infolge mehrjähriger Unterernährung die Gesicht verloren und brauchen nunmehr weniger Nahrung als normal schwere Menschen. Manche Leute haben auch Gelegenheit, billige Nahrungsmitte von ländlichen Verbrauchern oder aus Fabrikationen zu beziehen; andere genügen als Angehörige in Tiefbauvermögen Vorzugsspreite für Eltern usw. Endlich gibt es auch Einschätzungen in den Ausgaben, die nicht ohne weiteres vorläufiger erscheinen als falsch haben; hierher gehört der Bericht aus Schweiz an.

2. Was den zweiten Einwand betrifft, so wird es in der Tausende Groß-Berliner Arbeitersfamilien geben, die vor dem Kriege am 24. Dez. und in diesem Frühjahr am 21. März ihrer Gesamtausgaben für Ernährung aufgewandelt haben. Aber das bedeutet doch nie und nimmer, daß eine richtige Berechnung des Existenzminimums einen größeren Anteil an den Mindestbedarf an Ernährung aufweist.

Es zeigt vielleicht nur — was jedem Sachkenner auch ohnedem geläufig war —, daß vor dem Kriege die Mehrausgaben für Ernährung besonders hoch waren, und daß jetzt die Einschätzungen bei der Ernährung geringer sind als bei den meisten wichtigen Bedürfnissen. Wenn z. B. 1913 in den soeben erzählten zweiten Jüllishof des "Gerechten Landes" dargestellt habe, vor sieben Jahren nicht ein Drittel, sondern vielleicht die Hälfte ihrer Gesamtausgaben auf ihre Ernährung verwandten, wenn sie für ihre Ernährung fast 2½ mal soviel Ausgaben wie den Kosten des Existenzminimums entrichten, für alle übrigen Bedürfnisse aber durchschnittlich nur vielleicht 1½ mal soviel, so erkennt das bloß die durchschnittliche andere Bedürfnisse gewonnene Erkenntnis, daß die Schönberger Arbeitersfamilien vor dem Kriege auf eine reichliche und meinungsverschiedene Ernährung großen Wert legten, für Wohnung oder nur das unumgängliche Notwendige aufzutreten und z. B. auch in ihren Ausgaben für Bekleidung nicht wesentlich über das Existenzminimum hinausgingen. Wenn andererseits die meisten Groß-Berliner Arbeitersfamilien jetzt nicht zwei Drittel, sondern immer noch vielleicht die Hälfte oder mehr für ihre Ernährung ausgeben, so liegt das einfach daran, daß die meisten Eltern ihre Kinder lieber sattfüttern als hungrig lassen.

Selbstverständlich wird man noch kleinere Möglichkeit für die Berechnung des Existenzminimums haben können als die von mir angewandten. Aber man hält sich daran, durch eine Verwaltung des Bereichs des Existenzminimums Angaben an die jeweilige Marktlage oder die wechselnden Neigungen der Verbraucher zu suchen. Denn ginge nicht nur die theoretische Grundlage, sondern auch die für die Praxis unerlässliche Vergleichbarkeit mit Vergangenheit und Zukunft verloren.

Die Agitation.

Ein notwendiges und immer wieder neuvebendes Moment ist für jede Gewerkschaft die Agitation. Sie wäre selbst dann nötig, wenn alle Berufsangehörigen der Gewerkschaft angehörten. Dann gäbe es der Vermeldung von Bildern in der Verbandsfront, was durch erreicht wird, daß immer wieder auf die Mitglieder mit der Waffe der Aufklärung eingewirkt wird, um alle zu vollkommen überzeugen und jederzeit opferbereiten Gewerkschaftsmitgliedern zu erzielen. Da es nun aber im Organisationsverhältnis bei weitem nicht so günstig liegt, wie einleidend vorausgesetzt, so ist die Agitation doppelt notwendig.

Was versteht man unter Agitation? Das Streben, durch Wort und Schrift die Berufsangehörigen von der Notwendigkeit der Organisation zu überzeugen und sie (sofern sie ihr noch fernstehen) dem Verbund als Mitglieder einzuführen. Dieses Streben ist so alt wie die Gewerkschaftsbewegung selbst, hat dasselbe ehemalige Alter wie die ersten Organisationsbestrebungen des Arbeiterthums, ist unlöslich mit jedem Organisationsstreben verknüpft. Die Agitation bedeutet die Befreiung für das Fortleben der Organisation, ist nötig, um der Organisation immer neue Kräfte und Säfte zuzuführen und sie dadurch immer stärker und widerstandsfähiger zu gestalten. Jeder also, dem an einem solchen Erfolg gelegen ist, muß sich der Agitation widmen. Wie das zu geschehen hat, dafür einige Fingerzeige.

Wir müssen unterscheiden zwischen der Agitation, die sich an die Massen, und solcher, die sich an den einzelnen wendet. Für die ältere Art der Agitation kommt vornehmlich die Versammlung in Betracht.

Hier wird veracht, den Massen die Notwendigkeit der Organisation als Mitglieder einzuführen. Dieses Streben darf in ihrem Wert nicht unterschätzt werden, viele Arbeiter und Arbeiterinnen sind auf diese Weise schon ihrer Organisation zugeführt worden. Zur Massenagitation gehört auch die Tätigkeit des Verbundesorgans, das ihm im Interesse der Gewinnung und Festhaltung neugewonnener Mitglieder immer wieder den Wert der Organisation zu erläutern gezwungen ist.

Die erfolgversprechendste Agitation jedoch ist die von Mund zu Mund zu Mund, und daran teilzunehmen hat jeder die Pflicht. Wenn es mit dem Gedanken seines Verbundes ernst meint. Erst diese Art der Agitation ist es, die die in der Massenversammlung oder im Straßen gegebenen Anregungen vertieft und der Erziehung zum echten Gewerkschaftsmitglied zum endgültigen Erfolg verhilft.

Ein guter Versammlungsvertrag wird immer anregend sein, er enthält den Keim der beginnenden Überzeugung. Jeder aber wird sofort begreifen, daß nach einem Vertrag mit dem Erwerb des Mitgliedsbuches die volle Gewerkschaftsüberzeugung noch lange nicht erreicht ist. Dazu bedarf es längerer Aufklärungsarbeit, und das Verbundesblatt ist sehr geeignet, in dieser Richtung Nachhilfestunden zu etablieren. Innerer aber wird der Schwerpunkt der Agitation bleiben die persönliche Verbundwerbung, die Aufklärung von Mund zu Mund, wobei Versammlungsvertrag und Verbundesblatt als gute Anhaltsmittel einzuschätzen wären. Erst der Unterhaltung und Belehrung im engsten Kreise wird es gelingen, den durch Wort oder Schrift ergebenen Anregungen das rechte Verständnis zu verschaffen und diese Werke und Aussichten zu zerstreuen. Vieles ist es auch so, daß diese Art der Aufklärungsarbeit sofort, ohne irgendwelche Vorbereitung durch Schrift oder Vertrag erledigt werden muß. In diesem Falle muß der Organisationsarbeiter ganz aus eigener Erfahrung und Selbstverständnis schöpfen, und es ist für den, der die erste Überzeugung erworben hat, wahrschließlich nicht schwer, in richtiger Weise anzuführen.

Unser tägliches Leben bietet so viel das Anregende, um die Notwendigkeit der Organisation begreiflich zu machen. Dem, der reden kann, macht es leichter Schwierigkeiten, an Beispielen nachzuweisen, daß erst der umfassende Zusammenhang Gleichinteressierter zur Orga-

nisation die Kraft gibt, die Zwecke und Ziele der Organisation durchzusetzen. Es lassen sich auch an der Hand des Verbundesblatts mit Leichtigkeit die jüngsten Verbundsonderzeiten, die jedes Mitglied durch seine Mitgliedschaft erwerben kann. Und wenn dann noch an das Kollegialitätsgefühl, an die Solidarität appelliert wird, dann tut es auch gelingen, soll der sozialen Arbeit nicht ein einschlägiger Dummkopf, ein verächtlicher Dummkopf ist, der für den Verbund zu gewesen. Und wenn nach dem ersten Vorfall nicht sonderlich der Erfolg ist, dann auch es eben wieder ver sucht werden. Das ist ja eben der Vorfall der Agitation von Mund zu Mund, daß sie, ob am Dienstag, ob in der Werkstatt oder im Gespräch über den Nachbarzum, nichts wederhaft hat und er endlich seinen Verbundesblatt erhält.

Und dann heißt es, das Gewerkschaftsmitglied. Wir legen hier vorher dar, daß mit dem Erwerb des Blattes noch lange nicht der reale Geist erwacht ist. Hier gilt es dann weiterzutun. Das geistige durch Fortsetzung der ausführlichen Diskussion und dadurch, daß der Ressortgemeinde auf das Gewerkschaftsblatt hingewiesen wird, das neben ausführenden Artikeln auch über die Wirtschaftssituation unterrichtet wird damit aus jedem Gewerkschaftsmitglied einen überzeugten Gewerkschaftsmitglied zu machen sucht, weiterheit in seiner Überzeugung von der Notwendigkeit der Organisation, weiterheit auch in der Erforschung der wirtschaftlichen Zusammenhänge und der dadurch bedingten gewerblichen Möglichkeiten. Er wird die Weile unter steter mündlicher Nachfrage, ein vollständiger Gewerkschafter, ein langer Vorträger und schließlich selbst ein Agitator, der das Erlernte wiederum auf die Neugewordnen überträgt.

Aus diesen Zielen dienen direkte hervorgerufen, daß Versammlungsvertrag, Telefon und die Agitation von Mund zu Mund die Gehilfen der Agitation sind. Es darf aber auch zugleich einleitend sein, daß in der Agitation von Mund zu Mund das Schwergewicht der gesamten Agitation liegt und alles andere zur guten Hilfsmittel sind. Daraus ergibt sich der zwingende Schluff, daß die Agitation für den Verbund Aufgabe und Pflicht aller überzeugten Gewerkschaftsmitglieder ist. Und wenn wir im Anfang davon die Gewerkschaftsmitglieder dieses notwendigen Aufwands erfreuen, daß sie viele Gewerkschaftsmitglieder diese notwendige Aufklärungsarbeit einzeln überlassen und im Vertrauen darauf selber die Hände zu fügig in den Sack legen, so wollen wir dieser Hoffnung in keiner Weise die Abwendung lassen, daß ein jedes Gewerkschaftsmitglied in seinem eigenen Interesse die unabsehbare Pflicht und Schuldigkeit hat, die die Agitationsarbeit der anderen allein zu überlassen, sondern selbst Agitator, selbst Organisationsarbeiter zu sein. Je stärker die Organisation, um so stärker die Möglichkeit, die wirtschaftliche Position jedes Mitgliedes und um so ausführlicher die Möglichkeit, die wirtschaftliche Position jedes Mitgliedes zu verbessern.

Darum sei jeder ein Agitator. Er sträfzt damit seine Organisation und verschafft ihr dadurch zu jener Stärke, die notwendig ist, den Verbundesangestellten ein besseres Dasein zu verschaffen. Das aber ist der Zweck der Gewerkschaft. Er kann jedoch nur dann vollkommen durchgeführt werden, wenn jedes Mitglied durch unermüdliche Agitation seine Gewerkschaft stützt und fördert!

Aus dem Wurzener Bezirk.

Im genannten Bezirk ist bisher noch keine Lohnforderung unserer Kollegen in der Plastersteinindustrie in gemeinsamer Beauftragung mit den Arbeitgebern erledigt worden. Jünger umhören diese Sachen vor den geistigen Schlichtungsinstanzen zum Ausdruck gebracht werden. Nur der Junghorn konnte die Arbeitgeber veranlassen, sich zu einer besseren Bezahlung zu bequemen. Gewiß fanden vorher Predigungen statt, aber sie waren nichtslogisch und eigentlich überflüssig, nur die Taten wurde damit gewahrt; sonst nur Worte ohne jedes greifbare Resultat. Wochenlang verzögerten sich bei jeder Bewegung dadurch die berechtigten Ansprüche der Kollegen. Am dann endlich vor dem Schlichtungsausschuß ein Einhied zu lande, dann mußte regelmäßig der Demobilisierungskommissar das legitime Wort haben. Einige Rückwirkungen in der Lohnzahlung und -berechnung, die in solchen Fällen ganz natürlich sind, kamen wieder neue Schwierigkeiten auf und so hat sich von Bewegung zu Bewegung eine immer größere Erhöhung unter den Kollegen im Bezirk breit gemacht. Schuld daran ist lediglich die Haltung der Arbeitgeberorganisation und ihrer Vorsitzenden. Man muß nur einmal den Verhandlungen beigewohnt und das Wörtergeklapper angehört haben, mit dem die Forderungen der Arbeiterschaft bekämpft wurden, dann ist die Stimmlaute nur zu sehr erschrecklich.

Die letzte Verhandlung endigte am 11. Juni 1920 vor dem Leipziger Schlichtungsausschuß, der dem Bezirk entgegen den Angeboten der Arbeitgeber statt 10 Prozent Erhöhung 15 Prozent auf die Altordnungslohn zusprach und außerdem eine Aufwertung der Stundenlohn von 40 Pf. für männliche und 30 Pf. für weibliche Arbeiter. Ferner war die Freigeige der Lehrgangarantie bei Altordnungsarbeit schon monatelang eine strikte und für unser Kollegen eine sehr wichtige Angelegenheit. Sie verlangten als Garantie beim Altordnungsarbeiter einen Durchschnittsverdienst des leichten Dienstes — ebenfalls 30 Prozent als Garantie bei Altordnungsarbeit — zu zulassen. Sie berufen sich auf den Reichs-Montekeltrag der Plastersteinindustrie, der im 8. 15. Absatz 3. logt, daß die Altordnungsarbeiter so bezahlt werden, daß ein normaler Arbeiter bei regelmäßiger Arbeitserfüllung mindestens 30 Prozent über den entsprechenden Mindeststundenlohn verdient. Aber die Voranschreibung ist doch an alle Fälle, wenn man sich auf diese Bestimmung beruft, daß auch die Altordnungspreise vorher dementsprechend aufgebaut wurden; davon aber hat man im Altordnungsarbeiter nichts gemerkt. Die Arbeitgeber suchen für sich das Beste aus dem "Auktion" heraus. Und ehe die Rechtsverbindlichkeit für den Altordnungsarbeiter ausgeschlossen war, spießte man überhaupt den Ton an und bezweifelte mit allerhand Ausreden die Gültigkeit. Jetzt will man die grobkötige Lohnnormatik, weil es im Schleif

11. Juni 1920 sollen die Löhne vom 5. Juni 1920 an um weitere 15 Prozent erhöht werden, während die Arbeitgeber demgegenüber lediglich eine Erhöhung der Elternlöhne um 10 Prozent bewilligt haben.

Es kann nicht ausklammert werden, daß seit Ende Mai d. J. die
Sicherheitsmaßnahmen, die allgemein weiter verschärft wurden, im
Gegenzug vielfach in vielen Gebieten Breitflügelige Verzettelungen ge-
macht. Sicherlich aber ist in der gleichen Industrie die Sicher-
stellung zu machen, daß eine weitere Erhöhung der Betriebsprüfung
ausgeschlossen ist, so daß in zahlreichen Betrieben der verschiedensten
Art Betriebsuntersuchungen vorgenommen werden werden. Es
fehlen daher unter den jetzigen Bedingungen der Bereinigung der
Steinkohleunternehmen außer der freiwillig zugeschriebenen Erhöhung
der Sicherheitsmaßnahmen weitere Maßen, insbesondere in der vom Sicher-
heitsausschuß vorgelegten Höhe nicht zugemutet werden. Es ist auch
nicht von dem Stand zu erwarten, daß eine weitere Erhöhung der Sicher-
heitsmaßnahmen die Fortführung der Betriebe zur Folge haben könnte.
Das aber würde wiederum im Interesse der Arbeitssicherheit liegen.
Die aktuelle Verkürzung der Arbeitszeit oder gar Arbeitsförderung
dürfte natürlich eine ganz erheblich verschärft ihren Einfluß
auf die Betriebsprüfung ausüben werden, eben dann gewünschten
Zweck der Sicherheitsmaßnahmen des Sicherheitsausschusses nicht geboten sein.

Bei dieser Erklärung rückt nun die Bevölkerung hervor, mit wohl
verständlichem und bei Verständnis nicht zu erkennen erhalten zu,
noch weniger dass einigen Jahren später, nämlich aber sicher, dass das
Gesetz so geprägt ist, füre des Gemeindewesens-Gemeinderat dem
Gesetz nach die Wohlbedürftige vorgezeichnet, wäre der Sohn A—
140 nicht zu Stelle gewesen, die immer noch in einer Durchgangs-
zeit von den drei Betriebsarten im Betrieb steht zu möglichen Höhe-
punkten. Durch diese Erfahrungen wird die Handlungswelt, die vom
100 Naturstaatsmannen kann bei allen Betriebsarten und Be-
triebssystemen lieber gern: zu Ende, nur bestimmt und gefestigt. Von dem
Bauwesen ist es, wie gesagt wird, nicht bei Arbeitern durchaus
die Geistige Arbeit und sonst vom Schönen beeindrucktes Kenntnis des
technischen Werkes. Beide den beiden letzten heraus. Der Stein-
mischer ist höchst leichter darüber aufzukommen, das andere Unternehmens-
mitglied ist dies nicht so. Die Erfahrung der Betriebe ist der einzige
Faktor, der hier für 2 Drittel, aber zweimal soviel bei diesen nach-
zuweisen. Beide im Betrieb haben die Unternehmer sich auf
die Art Arbeit zu führen gewusst, trotzdem die Ergebnisse der Unter-
nehmen in Betrieb kommen, und sie glauben heute noch, dass die eig-
ene Betriebsform, in der der Sohn bei der Preisbildung eine recht
große Rolle spielt, ebenso im Vergleich zum Gesammt. Diese beiden
sind wohl erkannt, beide verzieren den Arbeitern als Pflicht einer
ausdrücklich gesetzten Zusage zum Unternehmens- und Kosten des
Betriebs zur anderen Seite. Für andere Rollen in den Betriebs-
verhältnissen, und nicht nur solchen für Sie, erachtet die Firma, in die
die Produktions-Sektionen des kleinen Betrieb zu übernommen, und
die spätere Verarbeitungen eines kleinen und kleinen in der Stein-
mischer unterliegen zu sein. Bei dem Entwurf des Gemeindewesens-
gesetz-Gesetzes ist die dem Wohlbedürftigen im Betrieb nicht ent-
zogen und wenn in der Betriebsform, die betrieben wird auf die Aus-
nutzung des Betriebsfaktors, so wird es keinen Einiges nicht
sein und auch des Nachtheiles der Firma auf den Betrieb keinen.
Die Arbeitnehmer ihren Betriebem einen Vorteil müssen. Und
dann die Arbeitgeber ihre ihrer Betriebsweise nicht klapp und klar
erkennt in kleinen oder weiter, wie bei Arbeitnehmern und Gewinn
zu ihnen und nur immer mit kleinen die Unternehmens zu erhalten
werden, sondern haben die Arbeitnehmer gute Rechte, die Begründung der
Unternehmen, die so im Entwurf des Gemeindewesens-Gesetzes
gehalten, so zu tragen und zu bekräftigen. Ganz besonders im
eigener Interessen-Betrieb.

„Wirtschaftsfriedliche“ Schädigung der Verbraucherinteressen.

Die Vergrößerung der militärischen Organisationen und vor allem des Kriegsministeriums, in den Generalstaben wie in den Bereichskabinetten, kann ebenfalls Rücksicht auf jene Elemente ihres Ziels nach, die erfordert werden, doch bei außerordentlicher Geschwindigkeit und Stilverschärfung der militärischen Verteidigung. Sollte dies möglich sein, so ist eine Erweiterung eines Sonderkonsortiums durch Gegenstande reichen, die einmal wieder die unter dem Bann stehenden „Folke“ bekannten Unternehmungen und die von Hilfe bedrohten Arbeitgeber gegenwärtiger gewordener politischer Unternehmungen die Hand, um die Einheitlichkeit der neuzeitlichen Krieger wie der gerechten künstlichen Bewegung zu verschaffen. Die Unternehmungen dieser Art müssen folgenden Kriterien entsprechen: Sie müssen sich die Gefahr aus den bestreitigen Fluchtungsmitteln, insbesondere ausnahmslos den eingesetzten Konkurrenz, entgegen halten. Die militärischen Krieger müssen die Geschäftsführer der einzelnen Be-

Gpa und das Kohlenproblem.

Die Tschekken hat eine interessante, durch die Stärke und Weitläufigkeit ihrer und des Meeres verdeckte Vertheilung und kann politisch auch nur durch internationale Aufmerksamkeit oder in Form von bewohnten Dörfern, und besonders der Städten, bestimmt werden. Das ist der Fehler des Commissarius. Aber eben das im Gouvernemente aus einer der beiden Gemeinschaften entstanden, was gewiss ein Fehler ist, wird jetzt nachgewiesen. Der Commissar selber und seine Beamten begingen bei den Verhandlungen im Jahr 1919 auf unerhörten und nie erreichten Höhe ihres Ungehorsams. Die Kommission des Commissars selber hat aber über die Bevölkerung entschieden und erhielt sich auf Grundstand 2 Millionen Tonnen Bevölkerung, wozu d. 1918 24 Millionen Tonnen jährlich zu rechnen sei. Wirklichkeiten hatten sie sogar 2½ Millionen Tonnen angegeben, was mit 24 Millionen lächerlich, gefälscht, gewesen. Wenn sich die zum 15. November 1920 bekannt, daß die tatsächliche Bevölkerung nicht größer wäre, so soll die private Beziehung zwischen Gewerbe, bzw. Seide des Autonomie, erledigen. Mit diesen Worten steht das Prinzip in nicht geringer Forderung, obgleich

Die "Fayence-Zeitung", die Orts- und Kreiszeitung der
Gesetzlosen Freiheitlichkeit, das regelmäßige über 40000 Zäh-
ler zählte, als sie war, was alle diese 40000 Einwohner am
Vorabend zusammengekommen. Beide Männer in Pz. 20 eingefangen
wurden, fiktiv verhaftet und in Zpa. 10 festgesetzt. Die Polizei kam

Die FDP rüft zur Wahl von Bodo Ramelow auf. Sie fordert die gesamte Linkspartei zu einer breiten Koalition auf, um die Rechte der anderen Linken gegen bestreitbare Interessen zu verteidigen. Es ist klar geworden nicht, ob es sich über unsere Rechte einigt. Die Gründung steht vorbereitung bereit: Sie wird unter den sozialen und politischen einfach Zeithorizont. Nur wir unsere grünen Freunde dürfen still, denn sonst geht sie die Verhandlung trüben.

Unter die deutsche Eisenbahnförderung fügt die Bergarbeiterförderung ein.
Die deutsche Eisenbahnförderung betrug im letzten Friedensjahr 1913 116.511.154 Tonnen. Die Bergarbeiter, Röhr- und Holzförderung zusammen mit 1913 44.011.851 Tonnen, ergab hier 11.324.115 Tonnen.

Der im Frieden überlassene Zustellverkehr betrug mit 1913 67.472.226 Tonnen. Im Bergland wurden besonders 1913 17.642.419 Tonnen Bergarbeiterverkehr. Dagegen betrug die Bergarbeiterförderung 1919 nur 15.672.651 Tonnen, also mit 1913 verglichen um 1.969.562 Tonnen zurückgegangen. Der Bergarbeiterverkehr von 1913 um 41.279.895 Tonnen zurückgegangen. Im Jahr 1920 betrug die Eisenbahnförderung 11.104.719 Tonnen gegen 14.552.264 Tonnen in der gleichen Zeit im Vorjahr. Mit dieser Zunahme war eine Differenzierung eingetreten. Im Jahr 1921 um 5.000.000 Tonnen 15.552.674 Tonnen und vor dem Bergarbeiterförderung von 1921 wurde die Bauten vom Bergbauverkehr um 1.551.000 Tonnen überschritten.

er 1913 zu den 3000000000 Zellen verändert.

tiere abgegeben werden. Diese Untersuchungen ließen uns ja die
sehrvielzahl Sammlungen aus ihren Kriegs- und Konfliktzeitungen lösen,
um auf die Weise die Freiheit der Pressefreiheit zu erhalten.
Würde es sich hierbei nur um Meldungen handeln, die der unga-
ngigen Bevölkerung unter der Spannungsrichtung abgenommen seien, so
mehr kann solches begegnen eingeschränkt. Solchefalls stehen Behörden
aber viel weitergehende Möglichkeiten. Man will einerseits die Arbeitnehmer
durch Schaffung separater Betriebsvereinigungen in der Form
von Betriebsratsmitgliedern an die Betriebe stellen, andererseits sie den
möglichsten Bedeutung und Leistungsfähigkeit gemeinsamen allgemeinen
Betriebsvergessenheitsen entsprechen und diese dadurch schützen. Diese
Möglichkeit und planmäßige geübt wird sowohl von politischen Wirtschafts-
organisationen als auch vom „Bund zur Sicherung der nationalen
Arbeitnehmerbewegung Deutschlands“. Unser Betreiben des letzteren und
natürlich seines zugehörigen Vorstandes, des Reiters Ritter aus
Königsberg (Freytag), ist zu diesem Zweck eine eigene Geschäft-
sozialgesellschaft, die „Gemeinnützige Großindustriegesellschaft Deutsch-
land, H.-G.“, Hamburg, errichtet worden, deren Bürogebäude bis vor
kurzem 2 Millionen Mark betrug, neuerdings aber verhängt worden
ist. Offizielle sind zahlreiche industrielle Unternehmer und Unternehmer-
verbände sowie Herr Rektor Ritter (Königsberg), der zugleich der
Vorstand im Aufsichtsrat ist. Diese Gesellschaft, hinter deren gemein-
samem Ziel die sehr vorauswärtige Pläne ihrer Gründer ver-

ungen durch die den sozialen Fortschritt fördern, soll nach dem Besitze der Gründungs-Gesellschaft Deutscher Gewerbevereine in d. h. Sanktung, dem eigenen Unternehmen der Deutschen Rentenversicherung, den generalisierten Einfluss der Sozialmittel für die einzelnen Berufsvereine einheitlich befreien und ihnen durch organische Zusammenfassung eine gemeinsame Verteilungslage geben. In den Wertheckreisen für die Gründung dieser Gesellschaft sind diejenigen Gesellschafter bekannt worden, aus denen in verflossener Zeit die Errichtung von solchen Berufsvereinen berichtet wurde: Schaffung wirksamerer Verbindungen zwischen Unternehmen und Arbeitern. Darunter wird es als wichtig bezeichnet, den "Sozialdemokratie"

Gewerbeverein und der „Josephinischen“ Großindustriegeellschaft
wirkt zu trübe. Der Zeitgeist der Gesellschaft ist, soweit es nicht
die Erfahrung des Krieges und zu den gelegenen Wahlen
und Rückgraten verarbeitet wird, der „Forderung solcher Arbeit-
erzeugungen bilden, die ein reibbares Hand-in-Hand-Arbeiten mit
dem Erzieher erfordern“. So heißt es sonstig in einem vorber-
beiteten Schriftstück der sozialen

den Kundgebungen, das der Rat ein für Sicherung der nationale

Württemberg, die bisher über die 42, 43- und 44-
Kilometer-Linien eine Serienfertigung nicht gewünscht. Der Geschäftstag in
Württemberg (4. Nov.) teilte keine Erfüllung aus über die Serien-
fertigung und Regelung des Zulieferungsvertrages mit einer vollständige
Konkurrenz nicht zu erzielen.

Der Vorstand des Deutschen Steinindustrie-Verbandes hat
seine Sitzung erneut zu der Anfangszeit Stellung genommen, eine
Widerrichtung darüber war jedoch bis 14. Juli noch nicht übermittelt.
Erst auf einer Anfrage in einer Verbandsversammlung vor dem Reichs-
arbeitsministerium kam die Nachricht, daß der Deutsche Stein-
industrie-Verband nicht in der Lage sei, der 45-jährigen Arbeits-
zeit zu entsprechen. Die Naturstein-Industrie mußte vielmehr an der
geplanten 45-jährigen Arbeitszeit festhalten.

Damit können, wie schon berichtet, die Verhandlungen über die Schaffung eines Städtebundes als gefährdet betrachtet werden. Die Zustimmung von Verbündeten lehnen wir ab. Es bleibt daher den einzelnen Städten überlassen, ihre Sozial- und Arbeitsbedingungen selbst zu regeln. Wo bisher die Befürchtung über noch geringere Arbeitsschicht bestand, darf unter keinen Umständen etwas dagegen getan werden.

Erst kurzem hat bereits der Schließungskonsulat in Haïfa, nachdem von der zentrale Regierung beschlossen ist, den Holländern in Haïfa die 45-tägige Überfahrt zu erlauben. Es hat darüber vor

habe die soziale Frage hierzu, ebenso wie der Ausdruck einer recht eingehenden und interessanten Befredigung statthaften. Die von unseren Kollegen dort angeführten Gründe, die sich stärker auf die gesundheitswirtschaftlichen Wirkungen des Steinmeierbergs beziehen, waren von der Gegenseite nicht zu entkräften, so dass der Gesundungsbedarfung zu dem Sprach kein Widerstand liegt auch hier der letzte Entscheid wieder beim Demobilisationsausschuss, der hoffentlich sich die Gründe des Entstehungsbeschaffens zu eigen macht. Die Abgeordneten lehren die präzisielle Seite hervor, sie hordeben noch einer Ausweitung von ihrer Organisationsleitung.

Die Arbeitgeber ziehen allem Anschein nach den Kleinbetrag
her, um kein es schließlich recht sein und es wird füre in im
Laufe der Zeit zeigen, das wichtige Errungenheiten einzelner Unternehmen
auf die Gesamtheit unserer Kollegen ausgedehnt werden müssen;
dazu hat die Arbeitgeberorganisation nicht nur die Pflicht, sondern auch
die Pflicht und es soll oder ohne einen Reichspolitik ge-
schafft werden, nicht vom bestehenden Rechtswesen.

Aus den Zahlstellen.

Berlin. Bes dem Arbeitert berichtet, wurde bereits friglich in dem Artikel „Schreben wagen Preisschau“ hervorgehoben. Das Berliner Steinzeugerette scheint den Arbeitgebern besonders geeignet, die Probe als Beispiel zu machen.

Die Steinmetzberufe Berlins waren schon immer bekannt als eine Gruppe von Arbeitern, die unter langanhaltender Arbeitslosigkeit und unter der gefundehilflichen Arbeit ihres Berufes schwer zu leben haben. Eine kleine Besserung in bezug auf Arbeitsbeschafflichkeit bot das verflossene Jahr vom Frühjahr 1919 bis ungefähr Ende Januar dieses Jahres, d. h. in der Grabsteinbranche; während in der Marmorträgerbranche die Konjunktur schon im Mai abflaute. Trotz der enormen Gewinne, die von den Unternehmern in beiden Branchen eingeflößt wurden, war es den Kollegen nur unter großer Mühe möglich, mit ihren Löhnern in weitem Abstande der ungeheuren Siegerung der Lebensmittelpreise, besonders seit Januar d. J. nachzuholen. Als dann im Mai die Lohnverhandlungen der M a r m o r b r a n c h e die bisher geschätzten Gewinne nicht mehr in dem Maße auslossen wie bisher, kam die allerdings nur langsame Aufwärtsbewegung der Löhne zum Stehen, so daß diese jetzt noch innerhalb der bereits im März geltende Lohn in der Marmorträgerbranche von 4.40 M. für Anfänger bis 5.85 für Steinmeister geplant wird. Trotzdem beim Entlohnungsausschluß ein Schiedsspruch erzielt wurde, der den neueren Verhältnissen angeglichen Rechnung trug, bei der Verhandlung vor dem Demobilisierungs-Kommissar erklärte dieser Verkäufer, daß nach seiner Überzeugung eine Lohnerhöhung unbedingt erforderlich müsse, schlugen alle Berichte, vorwärts zu kommen, soll er teil die Unternehmer den Schiedsspruch ablehnen, eine Verbindl

Nach der ständigen von mir vertretenen Praxis kann die Verbündetheitlösung eines Schiedspruchs, durch den neue Geschäftsräume und sonstige Arbeitsbedingungen festgelegt werden, nur dann erfolgen, wenn die im Schiedsspruch getroffene Regelung zweifellos der Vollzähligkeit entspricht und wenn ein solches staatliches Eingreifen zur Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens unerlässlich ist. Diese Voraussetzungen sind im vorliegenden Falle aber nicht gegeben. Insbesondere kann auch nicht erkannt werden, daß die von den Arbeitgebern bisher eingesetzten Richter ungerechtwirksam gewinngewollt sind, dort gälen, wobei

heilbar besessen ist, weil, daß mit den jetzt üblich gewordenen Di-
gisionen es nicht gelan ist!" In dieser Form wirkt der Soh zu-
lebend und herausfordernd. Sinnes häile vielmehr sagen müssen:
"Ich selbst nebst meinen Gesinnungsgegenissen war von der Sieger-
krankheit unheilbar besessen und das ist Deutschland zum Ver-
hängnis geworden. Lohnt euch das zur Warnung dienen!" Das
hätte den Tatsachen entsprochen und seine Wirkung nicht verschlei-
tzt.
Wenn die Siegerkrankheit bei den Siegern in der bisherigen
Weise fortbreitet, werden sie bald das Schicksal der Besiegten leiden.
Das kann niemand wünschen, der gesunde Sinne hat. Neben
Vorse sollte daher vermieden werden. Aussprechen, was ist und
daraus die nötigen Schlüsse ziehen. Das allein kann uns helfen.
Sieger und Besiegte leiden schwer unter den Folgen des Krieges.
Und sie werden diese Folgen um so schneller überwinden, je schneller
sie sich verstecken lernen und je leichter sie sich gegenseitig unter-
stützen.

Gemeinschaftsseele.

Es gibt so viele, die in Wirklichkeit selbst Proletarier sind, sich aber dennoch nicht dazu rechnen. Ihnen ist das kämpfende Proletariat eine „Masse“, der sie einen höheren städtischen Wert nicht beimessen. Sie bezeichnen sich zur Persönlichkeitsskultur, zum Individualismus. Aber sie haben so wenig von diesem Persönlichkeitssühlen in sich, daß sie es nicht empfinden, wie jedes heilige Menschenrecht — auch das ihre — heute im Leben immer wieder mit Füßen getreten wird. Sie fühlen diese Tatsache gar nicht, und wenn sie sie fühlten, dann dolden sie sie gar noch das normen sie dann Persönlichkeitsskultur.

Und das nennen sie dann Persönlichkeitstypus.

Persönlichkeitstypen ist es gerade, das dort in dieser Kampfende Masse zu Neuem strebt. Dem Menschenrechte gilt der proletarische Kampf. Jeder soll seine Menschenfreiheit haben, jeder sozialistisches Arbeitsglück. Und weil mit dem Zusammenklang es kämpfen kann, darum die „Masse“.

Die proletarische Masse ist die Trägerin der Persönlichkeitstypen. Persönlichkeit soll der Mensch sein. Das Ziel ist die gesamte Menschentwicklung und dieses Ziel als die Basis

Über diese Persönlichkeiten gingen unter. Das Leben verschlief; es war noch nicht reif zur Persönlichkeitssuktur. Die zunehmende Konzentrierung des wirtschaftlichen Lebens hat erst den Boden für einen solchen Zustand geschaffen. Die Individualisierung kann. Aus dem mobilen

Das, was früher so manch Vereinzelter voll Stolz in sich führte, wurde zur Seele einer gewaltigen Kämpferin. Das proletarische Brüdergeschäft trägt den ewigen Verbindlichkeitsgedanken in sich.

Und das sind darum blinde Persönlichkeitsschwärmer, die da auf Freiheit reden und von Persönlichkeit. Der wirklich ehrsame Persönlichkeitsschleier in seiner Brust trügt, der kann nur anders, als sie zur Stolzverluden Gemeinschaftsschleier werden zu lassen aus dem organistischen Gemeinschaftsdrängen heraus der willkommene Raden bereitet werde, auf dem allein eine gerechte Zukunft kommen kann.

nehmen eine fast 10prozentige Erhöhung unserer bestehenden Lohn- und Lohnabnahmen erreichen. Durch die Abreise resp. durch den Übergang in andere Berufe einiger Vorstandsmitglieder ergab sich die Notwendigkeit einer Neuordnung des Gesamtvorstandes, und zwar wurde Kollege Müller als 1. Vorsitzender, Kollege Warlich als Kassierer neu gewählt, während o's Schriftführer Kollege Wengel wieder gewählt wurde. Die Quartalsabrechnung wurde von dem Konsortium für richtig befunden und den auscheidenden Kassierer Entlastung erteilt. Um unseres Konsortiums zu fördern, wurde beschlossen, für jede der drei für uns in Frage kommenden Beitragsschichten einen Drizutreibeg von 50 Pf. zu erheben. Unter Vorbehaltung wurde unter anderem nach Klage erhoben über die Verformungstümmer einiger Kollegen und beschlossen, diese energetisch an ihre Pflicht zu erinnern. Nach einem fröhlichen Schlusswort des neuen Vorstandes, treu zum Verbund zu halten, wurde die Bevölkerung verabschiedet.

Rundschau.

Vom beschäftigten Lohnarbeiter. Bei allen Verhandlungen und Beprechungen machen die Arbeitgeber sich den Beifall der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände vom Mai d. J. zu eigen, der lautet: Sie hält es für ihre dringende Pflicht, den ersten Mahnstrahl künftig ihr ameßmöglichen Arbeitgeberverbände zu richten, jede neue Erhöhung der Löhne und Gehälter abzulehnen. Die Preise der deutlichen Ereignisse haben die Weltmarkte ungefähr erreicht, zum Teil bereits überschritten. Schon heute steht überall der Abzug. Eine übermäßige Erhöhung der Leistungsfähigkeit durch weitere Anquellen der Löhne und Gehälter und die daraus folgende Vertiefung der Preise nach Reaktionen führt nach dem unbeschreibbaren Elend über alle Kreise des deutschen Volkes, nicht zuletzt die Arbeitnehmer, bringen. Den Arbeitnehmern selbst ist auch mit der reinen Steigerung der Löhne und Gehälter zugegeneworfen nicht geholfen. Ihnen wie der ganzen deutschen Wirtschaft kann nur geholfen werden durch vermehrte und verbesserte Produktion, die allein und durch sich eine Senkung der Preise bewirkt.

Wer von unseren Kollegen an Lohnverhandlungen in letzter Zeit teilgenommen hat, kennt den Tag. Ober vor gut stündigen Besitzer bei einem Schildungsseminar ist, kennt ihn noch besser. Ausschaltung in die Melodie bringt eigentlich nur das Temperament, mit dem es vorgezogen wird. Die Harten Arbeitgeber sind nach ihrer Auslage angeblich befriedigt, vom deutschen Arbeiter „unlogisches Elend“ abzuweichen und b. i. diesem Überhaupten passieren oft die peinigten Schäfer. Allerdings hatten wir Gelegenheit, in einer Schiedsgerichtsverhandlung in Halle die Forderung des Löbener Steinmetzberufes zu begründen. Die Gegenpartei war unter anderem vertreten durch ihren Syndikus, der in seinem Abschlußrapport gegen das „unlogische Elend“ so zu der ungünstigen Behauptung verzog, daß in den Pflastersteinbetrieben wie auf Vorfall geordnet werde, sondern immer nur auf Bestellungen. Spekulativen Vorfall gibt es nach diesen Organisationsvertretern nicht in den Pflastersteinbetrieben. Zur übrigen würden die Arbeitnehmer nichts davon, ob ihre Arbeit Vorfall oder Bestellung sei. Wir waren es nicht Weisheit recht einzuräumen geworden und ließen den Betriebsrat sich tatsächlich abzapfen. Das Verhängnis hat aber nichts getanzt und trotz aller Rücksicht, die dem den Kästchenbären durch Vorlagen ihrer Bücher bewiesen werden sollten, kam beim Schiedsgericht eine Logensteuerung heraus; denn Bücher vorliegen? Unserhört, solches Verlangen! Das wurde prinzipiell abgelehnt.

Zus der jetzigen Situation erachten wir uns die Pflicht, den geistigen Erwarten nicht Aufmerksamkeit zu schenken. Gar oft wird nun der Arbeitgeber behauptet, daß je dort und dort darunter müsse, um den Betrieb aufrecht zu erhalten, ja, es gibt Arbeitgeber, die überzeugt sind, immer zu eilen und prüft man die Behauptung an der Hand des Werdeganges des Betriebes, dann stellt sich in den meisten Fällen heraus, daß aus dem Wenigen beim Geschäftsbeginn reich viel gesordnet ist, trotz allem fortwährenden „Ziegen“. Möglich gibt es Freizeiter, die ebenso schwer zu fangen scheinen wie der Arbeitgeber in seiner wirtschaftlichen Erfahrung, aber die Erziehung hat bisher wohl kaum geleistet, daß diese Arbeitgeber am ehesten mit den bei ihnen beschäftigten Kollegen zusammenstehen. Bei dem jetzt so häufig verlangten Leinwandbahn sind jene die launischen Ritter, die die Gewerkschaften soll eingestellt haben und anschließend darum bedroht waren, sich nicht in die Ritter schauen zu lassen.

Zus der schwedischen Steinindustrie. Bemerkenswerter Zeitschriftenartikel macht die schwedische Volkswirtschaftskommission, die zu Verhandlungen Schreiter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Steinmetzberuf zugezogen hatte. Die Verhandlung ergab nach Göttinger Handelszeitung, daß die Ausstände für die schwedische Steinindustrie immer schlechter und die Not unter den Steinarbeitern immer größer wird, und doch ohne soziale Hilfe die Steinmühren gezwingt sein werden, ihren Betrieb stillzulegen. Die Ausfuhr von Strassensteinen nach Deutschland, die vor dem Krieg 65 v. H. der schwedischen Erzeugung betrugen hat, ist völlig, und die Ausfuhr nach anderen Ländern wird durch die Weltwohnsituation und die hohen Frachten gefährdet. Ein aus Mitgliedern der Verhandlung gewähltes Komitee wurde beauftragt, in einer Eingabe an die Regierung soziale Hilfe für die Steinindustrie nachzufragen. Statt der Arbeitslosenunterstützung kommt der Staat den notleidenden Steinarbeitern Darlehen gewähren, um ihnen Gelegenheit zur Kleinwirtschaft zu geben und somit das Gelb in vorliegender Unternehmungen einzufügen. Auch ist die Regierung die wirtschaftliche Lage der Steinarbeiter und die Möglichkeiten für ein Weiterarbeiten der Steinindustrie untersucht.

Familien- oder Leistungslohn. Die Soziale Raxis weist in einer Arbeit auf das standige Nachsehen des Gedankens hin, die Lohnsätze, mindestens aber die Leistungszuschläge nach dem Familiennachteil des Arbeiters zu kürzen. Diese Idee tritt in den Tarifverträgen immer mehr zutage. Besonders allgemein hat dieser Gedanke in Sachsen Eingang gefunden. Nur jetzt, wo sich die Idee in der Praxis schon so weit durchgesetzt hat, erkennt man, daß eine derartige Regelung praktisch auch möglich ist. Wenn der Betrieb jeder vertreten würde, dann würde er von den jungen Fachleuten immer als realistisch und ratsam abgelehnt. Der Bevölkerungssozialer Übertragung befürwortet von einer derartigen Familiennachteil sogar eine ganz zu verbürgende Wirkung für die Arbeitnehmer, da er eine allgemeine Kurzübung und Entlastung der Arbeit zu besonderen Unterschieden Arbeiters ermöglicht. Diese Tatsachen zeigen uns, wie wenig sich der Proletariat in seinem Verhandlungsspiel auf das Urteil der jungen Fachleute verlassen kann. Sie zeigen uns aber auch, wie notwendig der Zusammenhalt im wirtschaftlichen Kampf ist, wenn jene ausgesprochene Forderung nicht völlig in sich zusammenfällt, wenn der Unternehmer will für ein starkes Proletariat eingeschworener bleibt.

Geschlechterunterschiede und Proletariat. Das wirtschaftliche Volk ist bestrebt, immer den Teil des Kultus zu gewinnen, der am wenigsten von geschlechtlichen Unterschieden beeinflußt wurde. Von der Hand des Kultus erfolgten Bemühungen der Geschlechterunterschieden nicht, daß Proletariat nicht berücksichtigt bliebe. Nur ein gefundener Proletariat einer Frau keine Ziele durchsetzen. Daraus ist es eine Art der Art der Zeit gekennzeichnete Tatsache, selber im Proletariat aufzufallen zu müssen, da eine Ausbildungserarbeit aus dem Proletariat selber aus schwierigeren Leben führt als eine von außen her. Diese Arbeit ist um so schwieriger, als mehr und mehr Frauen in die jüngeren Berufe die Tendenz eingesetzt. Der Geschlechterunterschieden Bedeutung ist zu geben, was für sich in der sozialen Gesellschaften zu Lebzeiten interessant, das bis jetzt bereits in Deutschland in der Demokratischen Republik in Leipzig allein durch diese erkannt haben. Von diesen waren 19 Arbeit 17 Jahre alt, 13 Arbeit 16, 6 15 Jahre und 1 Arbeit 14 Jahre alt. Das bedeutet einen Geschlechterunterschied von 6 Prozent am Jugendlichen. Das Proletariat, die auch eine Frau haben müssen.

Der proletarische Sektor. Eine Arbeit von Dr. Opitz in den Berichterstattungen der Sozialversicherung erläutert die Bedeutung der Soziale für den Proletarbeiter. Dieser hat der Sozialversicherung eine wichtige Bedeutung zu gewähren, als er eine Unterstützung des Lebens und eine gewisse Abhängigkeit von ihm bringt. Das ist eine Tatsache, die es wichtig zum Proletar der Grundlage ist, die Sozialversicherung zu erhalten, einen sozialpolitischen Bereich bildet. Das Sozialprogramm für das Fortpflanzen und geistige Erholung des Arbeiters hat großer Bedeutung ist, bei jeder immer wieder ein Platz haben müssen. So dass die Soziale an einem Tag

der Woche zur Erfüllung von der Sozialversicherung und zugleich zur Mindesthaltung vorsichtiger Wohlhabung der sozialen Sicherheit. Wir haben also auch hier reich mehr, was immer wieder die alte Sprüche einen freien Tag in der Woche verlangt haben.

Lohn und Krankheit. Bekanntlich werden zur Bekämpfung der ansteckenden Krankheiten alljährlich große Summen gespielt. Die Lebensversicherungsgesellschaften haben nun festgestellt, daß die Lebensversicherung infolge von ansteckenden Krankheiten dem Lohn entzieht. Bei niedrigem Lohn ist die Sterblichkeit an ansteckenden Krankheiten besonders groß, bei hohem Lohn jedoch gering. Daraus ergibt sich, daß die ansteckenden Krankheiten um so mehr nochstehen werden, je besser das soziale Lohn. Daraus sollte man weiteren wissenschaftlichen Forderungen mehr Berücksichtigung entgegenbringen. Dazu sind die großen Summen, die alljährlich zur Bekämpfung der ansteckenden Krankheiten verwendet werden, überflüssig. Aber was geht das Unternehmen um der Staatsbeitrag an. Das Unternehmen hat diese Gelder ja nicht zu zahlen. Das zeigt, daß letzten Endes nur ein Gemeinschaftsleben eine völlig logische Regelung bringen kann.

Arbeit und Sterblichkeit. Die Verursachtheit des Proletariats ist bekanntlich einen sehr schädlichen Einfluß auf seinen Gesundheitszustand aus. Die vorherliche Überanziehung, die mangelnde Hygiene der Betriebe, der Straßen und die anderen gewöhnlichen Sorgen und was es auch sei, sind für den Proletarier eine häufige grohe Gefahr. Da ist es natürlich, daß auch die Sterblichkeit des Proletariats mit seiner Verursachtheit in engem Zusammenhang steht. So eng sind die Beziehungen zwischen Arbeit und Tod, daß die Zeit der anhaltenden größten Arbeitsleistung auch die Zeit der größten Tuberkulosesterblichkeit ist. Erst vom 50. Lebensjahr an sind diese traurigen Tatoden nicht mehr festzustellen, weil dann alle disponierende Arbeiter abgestorben sind und die noch übrig bleibenden eine besondere starke Überlebenssituation aufweisen. Die meisten Arbeiter aber haben die Folgen ihres Berufes zu tragen. Aber dennoch gibt es immer noch Blinde, die trotz all diesem Elends nicht zu erkennen vermögen, daß hier Verkürzung möglich ist, und zwar durch den proletarischen Zusammenschluß.

Arbeit und Gehalt. Das Proletariat hat zum großen Teile eine Arbeit zu verrichten, die mit starken Gefahren verbunden ist. Feststellungen haben nun ergeben, daß diese Gefahren eine wenn auch vorübergehende Herabsetzung der Hörbarkeit zur Folge haben. Als Nebenergebnisse treten oft noch auf anhaltende Rückfälle, längende und jährende Geräusche, eigenständliche Gefühle von Höhe des Ohres und Verstärkung des Gehörorgans sowie eine gewisse Überempfindlichkeit des Ohres gegen äußere Reize. Durch gesetzte technische Anordnung der Betriebsräume ließe sich hier manches befreien, doch sieht hier wie allen hygienischen Neuerungen die bekannte Rentabilität hinterlich im Wege. Wenn man bedenkt, daß nach neueren Feststellungen 10 Prozent der proletarischen Kinder keine geänderten Ohren haben, dann wird man verstehen können, wie wichtig es ist, daß hier die Hygiene des Ohres mehr Beachtung als bisher gezeitigt wird.

Kinder und Tuberkulose scheinen nichts miteinander zu tun zu haben und doch wird die Röntgen je von einer „Säuglingsorganisation für die Bekämpfung der Tuberkulose in Deutschland“, der namhafte medizinische Fachgesellschaften angepriesen, zu Hilfe gerufen im Kampfe gegen diese schändliche Epidemie. Einer der berühmtesten Fachgelehrten, Prof. von Gruber, hat allerdings seine Unzufriedenheit mit dem Zustand der Kinder ausdrücklich bekundet, daß nicht der Zustand an der Tuberkulose, sondern die Hygiene des Kindes, die die Kindersterblichkeit höher im Wege. Wenn man bedenkt, daß noch neueren Feststellungen 10 Prozent der proletarischen Kinder keine geänderten Ohren haben, dann wird man verstehen können, wie wichtig es ist, daß hier die Hygiene des Ohres mehr Beachtung als bisher gezeitigt wird.

Arbeit und Tuberkulose scheinen nichts miteinander zu tun zu haben und doch wird die Röntgen je von einer „Säuglingsorganisation für die Bekämpfung der Tuberkulose in Deutschland“, der namhafte medizinische Fachgesellschaften angepriesen, zu Hilfe gerufen im Kampfe gegen diese schändliche Epidemie. Einer der berühmtesten Fachgelehrten, Prof. von Gruber, hat allerdings seine Unzufriedenheit mit dem Zustand der Kinder ausdrücklich bekundet, daß nicht der Zustand an der Tuberkulose, sondern die Hygiene des Kindes, die die Kindersterblichkeit höher im Wege. Wenn man bedenkt, daß noch neueren Feststellungen 10 Prozent der proletarischen Kinder keine geänderten Ohren haben, dann wird man verstehen können, wie wichtig es ist, daß hier die Hygiene des Ohres mehr Beachtung als bisher gezeitigt wird.

Arbeitsmangelnde Arbeit hat das Proletariat stets geplagt. Nach einer Arbeit von Dr. Opitz in der Betriebszeitung für geschäftliche Medizin und öffentliche Sozialversicherung ist ein großer Teil des Proletariats mit beruflichen Fehlern behaftet. Schon beim jugendlichen Proletariat treten diese Schäden auf, die auf die Überanstrengung im Beruf zurückzuführen sind. Daraus ist auch die Sterblichkeit der jugendlichen deutschen Arbeiter größer als in England. Opitz verlangt deshalb einen ausgedehnten Schutz der jugendlichen Arbeiter und ärztliche Beratung. Auch bei der Art nicht als bisher zum Gewerbeamtsschein heranzuziehen. Es bedarfte allerdings recht deutlich den mengelnden Eins für Arbeitshygiene, daß diese Gewerbeamtsaufsicht noch jetzt nur von technisch-vollsmittelhaft gebildeten, und hierin meist kapitalistisch verfüllten Beamten vorgenommen wird.

Allgemeine Bekanntmachungen.

Von der Zahlstelle Hochwagen (Bayr. Wald) wurden 76 M. auf Sammelkarte 6633 des Leipziger Gewerbeaufsichts zum Wiederaufbau des Volkshauses gekauft und der Hauptklasse zur Lieferbefreiung an das Kettell überwiesen.

So erfreulich diese sozige Anteilnahme unter den Kollegen ist, bitten wir doch, diese Gelder direkt an das betreffende Kettell abzuziehen, denn durch Bezeichnung unseres Postleitziffern müssen sie durch unsere Bürger laufen. Der Hauptoffizier erachtet deshalb einen fünfzig solche Gelder direkt zu überweisen.

Hauska. Gewarnt wird vor einem Steinmeier, der sich Wilhelm Schneider nennt, aus dem betreuten Gebiet kommen will, dort schädigend war, angeblich flüchten mußte wegen Mißhandlung eines Schäfers und dieser hat schon verschiedene Kollegen in kleineren Dingen um Darlehen geprellt. Auch von Österreich wird ähnliches befürchtet es scheint sich um ein und dieselbe Person zu handeln. Daraum Borsicht!

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Bayer. Streitpunkt wurde der Ausdruck verfügt von Paul Kahle in Jenau; Paul Jürgen und Carl Haß, beide in Rottbus. Ferner noch § 3 Absatz 5 des Statuts Otto Höf in Meilen.

Adressenänderungen.

Die Angaben sollen deutlich erfolgen. Sehr oft müssen wir die Namen direkt erraten. Ist es dann falsch, kommen unbefriedigte Richtigstellungen und das Rätselraten beginnt von neuem.

Sassendorf ist irrtümlich in Nr. 30 unter 4. Gan geraden. Der Ort gehört zum 3. Gan.

1. Gan.

Großwess. Raff.: Paul Hader, Bräusstr. 32.

2. Gan.

Clegau. Raff.: Paul Neumann, Blumenstr. 13. See b. Riesby. O.-L. Raff.: Max Schulze. Raff.: Max Michael, Möholsz b. Riesby.

3. Gan.

Großwess. Raff.: Christ. Huf, Gassel b. Riese. Hettensche b. Chemnitz. Raff.: Otto Engel, Hartmannsdorf b. Borsig. Unterr. 1. Raff.: Paul Eßig, Röhrsdorf, Wasserwerkstr. 20 b.

4. Gan.

Stadtberg. Raff.: Max Lehr, Lauterbach 50. Raff.: Paul Huber, Hartmannsdorf 19. Rennert, Sa. Raff.: Emil Seifert, Nr. 82.

5. Gan.

Oberberg. Raff.: W. Schneider, Marienstr. 9. Raff.: Karl Börsdorf, Börsdörffstr. 1.

6. Gan.

Großwess. Raff.: Josef Lehl, Rossaustr. 64, I. Hofstrasse. Raff.: Friedr. Günther, Weißberg 45 c, Post Niederhof.

7. Gan.

Wiesberg. Raff.: Michael Sommer, Renfeng. Raff.: Karl Göppert.

Wieder Wahlen, Gewerkschaften wiedergewählt.

Von der Reichsministerium des Arbeitseminars im April 1920 eröffneten. In dieser Tabelle sind sechs wichtige neue Gesetze und Verordnungen verzeichnet: Verfestigung Gewerbebeamter vom 4. 4. 1920, dazu Verordnungen vom 21. 4. und 17. 5. 1920; Verhinderung der Gewerbebeamterzulassung vom 30. 4. 1920; Verordnung des Betriebskrankenfonds vom 12. 5. 1920. Die Kosten-Maßnahmen ist jetzt neu und veraltet nie, wird immer auf den laufenden gehalten, ist allgemeinverständlich und praktisch. Befreiung für Wirtschaft und Verkehr, Stuttgart. Befreiung für

Von der Deutschen Zeit ist jetzt das 18. Heft vom 2. Band des Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Hefts haben wir heraus: Max Engel und Feuerbach. Von Heinrich Gunzen.

Das Recht der Sozialen Zeit ist jetzt das 18. Heft vom 2. Band des Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Hefts haben wir heraus: Max Engel und Feuerbach. Von Heinrich Gunzen.

Die Neue Zeit erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Postbüros zum Preis von 10 Pf. das Wettbewerb zu bezahlen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur für das Wettbewerb bestellt werden. Das einzelne Heft kostet 1 Mark.

Wiederummwerken stehen jederzeit zur Verfügung.

Der Sinn. Sozialistische Rundschau über das politische, wirtschaftliche und kulturelle Leben. Aus dem vorliegenden nächsten Heft (Nr. 21) haben wir folgende beachtenswerte Artikel hervor: Politische Lehren (Politik), Wohnung, von Paul Guilmann; Die angebliche Lösung der Krisenfrage und die Zukunft der künftigen Wirtschaft, von Arnold Engel; Belehrung über S. 1920; Die neue Kunst und das Kino, von Dr. John Schlosser; Bilder vom Film; Der Biographie. —

Die Neue Zeit erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Postbüros zum Preis von 10 Pf. das Wettbewerb zu bezahlen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur für das Wettbewerb bestellt werden. Das einzelne Heft kostet 1 Mark.

Wiederummwerken stehen jederzeit zur Verfügung.

Der Sinn. Sozialistische Rundschau über das politische, wirtschaftliche und kulturelle Leben. Aus dem vorliegenden nächsten Heft (Nr. 21) haben wir folgende beachtenswerte Artikel hervor: Politische Lehren (Politik), Wohnung, von Paul Guilmann; Die angebliche Lösung der Krisenfrage und die Zukunft der künftigen Wirtschaft, von Arnold Engel; Belehrung über S. 1920; Die neue Kunst und das Kino, von Dr. John Schlosser; Bilder vom Film; Der Biographie. —

Die Neue Zeit erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Postbüros zum Preis von 10 Pf. das Wettbewerb zu bezahlen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur für das Wettbewerb bestellt werden. Das einzelne Heft kostet 1 Mark.

Wiederummwerken stehen jederzeit zur Verfügung.

Der Sinn. Sozialistische Rundschau über das politische, wirtschaftliche und kulturelle Leben. Aus dem vorliegenden nächsten Heft (Nr. 21) haben wir folgende beachtenswerte Artikel hervor: Politische Lehren (Politik), Wohnung, von Paul Guilmann; Die angebliche Lösung der Krisenfrage und die Zukunft der künftigen Wirtschaft, von Arnold Engel; Belehrung über S. 1920; Die neue Kunst und das Kino, von Dr. John Schlosser; Bilder vom Film; Der Biographie. —

Die Neue Zeit erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Postbüros zum Preis von 10 Pf. das Wettbewerb zu bezahlen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur für das Wettbewerb bestellt werden. Das einzelne Heft kostet 1 Mark.

Wiederummwerken stehen jederzeit zur Verfügung.

Der Sinn. Sozialistische Rundschau über das politische, wirtschaftliche und kulturelle Leben. Aus dem vorliegenden nächsten Heft (Nr. 21) haben wir folgende beachtenswerte Artikel hervor: Politische Lehren (Politik), Wohnung, von Paul Guilmann; Die angebliche Lösung der Krisenfrage und die Zukunft der künftigen Wirtschaft, von Arnold Engel; Belehrung über S. 1920; Die neue Kunst und das Kino, von Dr. John Schlosser; Bilder vom Film; Der Biographie. —

Die Neue Zeit erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Postbüros zum Preis von 10 Pf. das Wettbewerb zu bezahlen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur für das Wettbewerb bestellt